



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Hagen, Maximilian von: Bismarcks Freihandelspolitik

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**



## Bismarcks Freihandelspolitik

Von Maximilian v. Hagen-Heidelberg



achdem Bismarck sein Amt als Reichskanzler niedergelegt hatte, ist eine große Anzahl Schriften auch über seine volkswirtschaftliche Tätigkeit entstanden. Unter ihnen ragt das Sammelwerk Poschingers „Fürst Bismarck als Volkswirt“ nebst „Aktenstücke zur Wirtschaftspolitik des Fürsten Bismarck“ hervor. Daneben steht das Buch von Brodnicz „Bismarcks nationalökonomische Anschauungen“; es gipfelt in der Behauptung: „In der ganzen Zeit von 1863 bis 1876 haben sich die handelspolitischen Maßnahmen ohne Einwirkung Bismarcks vollzogen“. — Im Hinblick auf den eben wieder aufkommenden Streit zwischen Freihändlern und Schutzöllnern ist es warm zu begrüßen, daß die Richtigkeit dieser Behauptung einer wissenschaftlichen Prüfung unterworfen wird. Dieser Aufgabe unterzieht sich in Schmollers Jahrbuch Band XXXIV Heft 3, S. 135 bis 196 (Leipzig 1910. Preis 12,60 Mark) Oswald Schneider in einem Aufsatz „Bismarck und die preußisch-deutsche Freihandelspolitik (1862 bis 1876)“.

Die Abhandlung verdient um so mehr Beachtung, als sie endlich Bismarcks Stellung zum Freihandel unter dem Gesichtswinkel historisch-politischer Betrachtung beleuchtet. Schneider beweist darin im wesentlichen den ersten Teil der Analyse, die Schmoller in seinen berühmten „Briefen“ nach Bismarcks Tode von dessen Wirtschaftspolitik mit folgenden Worten gab. „Bismarck war“, heißt es da, „freihändlerisch, wesentlich weil er seit 1859 antiösterreichisch und franzosenfreundlich war; er wurde später schutzöllnerisch, weil der Schutz Zoll in der neuen Ära der gesteigerten politischen und wirtschaftlichen Rivalitäten der großen Staaten, in der Zeit des Kampfes um den Weltmarkt und die Kolonien für uns die wichtigste, ja fast die einzige Waffe war; immer aber stellte er in erster Linie den von der Theorie und leider auch von der Praxis so oft zerrissenen

Grenzboten I 1911

Zusammenhang zwischen Staat und Volkswirtschaft in einer Weise wieder her, wie es nur den größten Staatsmännern auf den Höhepunkten der Kultur gelang."

Danach ist klar, daß das Buch vor allem für den Historiker geschrieben ist. Bismarcks Handelspolitik im Kampfe um die Vorherrschaft Preußens in Deutschland ist ihr Hauptthema. Der Nationalökonom, der etwa ein System Bismarckscher Anschauungen über „Freihandel“ erwartet, wird enttäuscht. Zwar ließe sich ein solches aus Aussprüchen zusammenstellen\*), aber die mühsame und langweilige Arbeit würde niemals in den Geist Bismarckscher Handelspolitik einführen, die nur im Rahmen der auswärtigen Politik verstanden werden kann, wie seine ganze Wirtschaftspolitik überhaupt. Denn diese war dem großen Realpolitiker niemals Selbstzweck, sondern immer nur Mittel zur Erreichung politischer Selbständigkeit und Größe nach außen. Auf dem Wege besserer wirtschaftlicher Beziehungen zu vorteilhafteren und womöglich stabilen politischen zu gelangen, war sein Hauptziel. Nicht als Doktrinär, der die „Theorien der Volkswirtschaft“ zu verwirklichen sucht, trieb er Handelspolitik, sondern als realpolitisch-opportunistischer Staatsmann, der wahren Vorteilen schöne Dogmen zum Opfer zu bringen verstand. Nicht ein Prinzip, sondern praktische Beispiele aus der Sphäre seiner Lebensführung überzeugten ihn daher; nicht liberale Tendenzen, sondern die Fähigkeiten zu politischer Konzeption imponierten ihm allein. Leicht wie nur ein Realpolitiker änderte er daher seine Überzeugungen; denn dieser vermag es eben nicht, „ein Vierteljahrhundert über eine Sache die gleiche Auffassung zu haben“.

So huldigte Bismarck, ebenso wie die konservative Partei, die damals seine „liberale“ Handelspolitik vertrat, dem Freihandel, solange der dem wirtschaftlichen Aufschwung und den Bedürfnissen des Staates zu entsprechen schien. Als neue Aufgaben und neue Umstände es erforderten, ging er zum Schutzzoll über. Auf absolute Wahrheit hatte aber auch dieser darum noch lange keinen Anspruch für ihn. Denn niemals ließ sich Bismarck von einem starren Grundsatz leiten; nur die *salus publica* war sein Leitstern bei der Bewertung staatlicher Erfordernisse.

Für diese Ergebnisse erbringt Schneider den geschichtlichen Nachweis auf Grund eindringenden Studiums und zahlreicher Zitate aus den maßgebenden Quellen und gedruckten Akten\*\*).

\*) Die hierher gehörigen Arbeiten von Dehn, Thudichum, Zeitlin und Böhlingk hätten immerhin mit demselben Rechte wie Brodnyg benutzt und zitiert werden können.

\*\*) In Betracht kommen dabei vor allem die (fortlaufenden) Publikationen „Das Staatsarchiv“, sowie Poschingers zahlreiche Materialsammlungen (die freilich nicht vollständig angegeben werden), besonders letztere eine für unser Thema bisher wenig ausgebeutete Fundgrube; dazu die Stenographischen Berichte des preussischen Land- und deutschen Reichstages; an Memoiren und ähnlichen Zeitdokumenten die Denkwürdigkeiten Bismarcks, R. v. Delbrücks, Tiedemanns und Eilodwig Hohenlohes, Beusts, Bernhardis, Detgers und Bambergers; an Literatur außer Sybels und Friedjungs grundlegenden Darstellungen dieser Epoche Webers „Geschichte des Zollvereins“ (1871) und Mamroths „Geschichte der österreichisch-deutschen Handelsbeziehungen von 1849 bis 1865“ (1887). Zeitungen und Zeitschriften, darunter auch die „Grenzboten“.

Nur wenn wirtschaftliche Dinge die auswärtigen stark berührten, griff Bismarck in den Machtbereich Rudolf von Delbrücks ein, seines vierzehn Jahre langen Ministerialdirektors, Präsidenten des Bundes- und Reichskanzleramtes, dem er sonst unbefchränkte Befugnis zu eigenhändigem Wirken gab, wie keinem seiner Mitarbeiter vorher und nachher. Weil er dessen höhere Einsicht anerkannte und bis 1879 selbst wenig Zeit und Kraft hatte, um neben den dominierenden auswärtigen auch noch die wirtschaftspolitischen Angelegenheiten zu leiten, übernahm er oftmals die Verantwortung für Dinge, die er nur aus dessen Vorträgen kannte; ja manchmal erfuhr er wohl gar erst aus den Glückwünschen fremder Diplomaten von (unwichtigen) Handelsverträgen, die er mit seiner Unterschrift gedeckt. In zolltechnischen Fragen (über Regelung der Tarife usw.) erkannte er Delbrücks Überlegenheit dermaßen an, daß er sich niemals einmischte; weil er sich dieser Autorität gegenüber für nicht kompetent hielt, war er selbst bei Meinungsverschiedenheiten immer zweifelhaft, ob er sich nicht seinem sachkundigen Urteil fügen sollte.

Sowie aber die hohe Politik in Frage kam, fühlte das die Delbrücksche Freihandelspolitik, wenn man einmal — trotz Anerkennung des innigen Zusammenhangs von Politik und Wirtschaft — von einer solchen isoliert sprechen darf. Deutlich wurde dies zum ersten Male bei den Verhandlungen über den preußisch-französischen Handelsvertrag vom 2. August 1862, den er trotz des Widerspruches einiger Zollvereinsmitglieder bewerkstelligte — weniger weil er das englisch-französische Handelsvertragsystem der Meistbegünstigung für besonders erstrebenswert hielt, sondern weil er Preußens Stellung gegen Österreich und die Mittelstaaten auf diese Weise zu sichern und eine deutsche Zollvereinigung mit Österreich, die er allezeit für eine Utopie hielt, zu hintertreiben dachte. Die vorliegenden Forschungen beweisen wieder deutlich, wie Bismarcks Einfluß auf des Königs „deutsche“ Politik auch in Zollvereinsfragen schon von Frankfurt und Petersburg aus entscheidend war, und wie ihm allein das Zustandekommen jenes Handelsvertrages (mit jenen höheren politischen Nebenabsichten, die Delbrück und seinem Könige niemals eigneten) zu danken ist; daß der an der Krewa „Kaltgestellte“ auch an den eigentlichen Verhandlungen mit Frankreich und an ihrem Abschluß keinen Anteil hatte, ändert nichts an dieser durch zahlreiche Zitate belegten Tatsache\*). Als Ministerpräsident hatte er dann die Aufgabe, den Handelsvertrag

sind leider nur für das erste Ministerjahr Bismarcks (1862) — dank Nurnheims (zitierten) „Vorarbeiten über die damalige öffentliche Meinung“ (Heidelberger Dissertation 1908) — ausgiebig benutzt, für 1863 ist nur der „Staatsanzeiger“, für 1864, 1868 und 1876 die „Provinzialkorrespondenz“, für 1868 und 1873 noch die „Nationalzeitung“ verwertet. Manchmal, z. B. S. 62 (Anm. 4) und S. 185 (Anm. 5) sähe man allgemeine Bemerkungen über die Ansicht weiter Kreise usw. gern etwas fundiert.

\*) Abgesehen wollte Bismarck auch im Frankfurter Frieden den durch den Krieg 1870—71 unterbrochenen Handelsvertrag wiederherstellen. In der Einsicht, daß Frankreich zur Aufbringung seiner Kriegskosten Zölle brauchte, gab er sich jedoch mit einem Vergleich zufrieden, nach dem Deutschland unter Voraussetzung der Gegenseitigkeit auch beim Übergang Frankreichs zum Schutz Zoll die gleiche Behandlung wie der meistbegünstigten Nation zugesagt wurde

im Zollverein durchzusetzen und dadurch Österreichs Anschluß an denselben zu verhindern. Solange aber Österreich in richtiger Erkenntnis der Bismarckschen Absichten mit einem Protest gegen den Vertrag den Eintritt in den Zollverein verlangte, verhielten sich auch die meisten Zollvereinsstaaten ablehnend. Bismarck, der niemals an eine ernste Absicht der Mittelstaaten, den Zollverein zu sprengen, glauben wollte, der diesen vielmehr schon in Frankfurt grundsätzlich, wenn auch nicht tatsächlich für unzerreißbar angesehen hatte — drohte jetzt, daß er in dieser Haltung der Mitglieder den Ausdruck des Willens sähe, den Zollverein mit Preußen nicht fortzusetzen. Aber erst die internationalen Schwierigkeiten, die Österreich im Jahre 1863 (S. 154) nötigten, sich Preußen zu nähern, rechtfertigten seine Berechnung. Wirklich waren nun Sonderverhandlungen Österreichs mit Frankreich glücklich vereitelt und die Mittelstaaten des Rückgrats für ihre Opposition beraubt: sie mußten jetzt den Handelsvertrag mit Frankreich annehmen, eine Forderung, die Bismarck standhaft als erste Bedingung für eine Erneuerung des Zollvereins gestellt hatte.

Als diese gelungen war, betrieb Bismarck, den gebesserten Beziehungen entsprechend, sofort Vertragsverhandlungen mit Österreich. Delbrück aber, der eine Zolleinigung fürchtete und verhindern wollte, durchkreuzte sie mit seinen Sachministern, auf deren Seite auch König Wilhelm stand, indem er vor Bismarcks politischen Plänen warnte. Nun verlangte aber Österreich offen für seine Schwenkung den Eintritt in den Zollverein. Bismarck bemühte sich eifrig, ihm diese Konzession zu erwirken; denn er hielt sie für ein leeres Versprechen, an dessen Verwirklichung in der Zukunft er wegen der Verschiedenartigkeit der Interessen beider Kontrahenten niemals glaubte, mit dessen Abgabe er aber den Sturz Rechbergs verhindern zu können glaubte: eine Tendenz, die er im Interesse des guten Einvernehmens mit Österreich (das er von Rechberg gern durch die preußische Garantie für Venedig gegen Schleswig erkaufte hätte) ehrlich erstrebte. Auch wollte er Österreich nach dem Mißerfolg in Schleswig den Scheinerfolg in der Zolleinigungsfrage gewähren, obwohl er statt dieses „Irrlichts“ der Zolleinigung persönlich stets nur „die praktische Wohltat“ des Handelsvertrages für die Zukunft begehrte. Denn er war gewillt, hier scheinbar nachzugeben, um Bundestreue zu heucheln und so zu verhindern, daß Österreich zum Zwecke wirksamer Opposition gegen Preußen mit den Westmächten und Mittelstaaten in der schleswig-holsteinischen Frage Verständigung suchte. Schließlich gelang es Bismarck doch noch, auch nach Rechbergs Sturz, in einer Konferenz vom 7. November 1864 durch Ausschaltung Delbrücks die Sachminister zur Nachgiebigkeit zu zwingen, so daß schon am 9. in Wien die deutsche Zolleinigung als künftiges Ziel in Aussicht gestellt werden konnte.

Die übrige preußisch-deutsche Handelspolitik Bismarcks in diesen Jahren ist schnell erzählt. Wieder nur griff er auch hier ein, wenn mit wirtschaftlichen Mitteln politische Zwecke zu erreichen waren, sei es, daß er durch Handelsverträge den Zollverein im europäischen Konzert günstig stellen, sei es, daß er dadurch seine

Gegner bekämpfen wollte. Die Handelsverträge mit Belgien, England und der Schweiz, sämtlich im Jahre 1865, unterzeichnete er ohne große Verdienste um ihr Zustandekommen. Auch an dem Abschluß der Handelsverträge mit Portugal und Persien (1872) hatte er keinen positiven Anteil, wenn er es auch freudig begrüßte, daß durch regere wirtschaftliche Beziehungen auch die diplomatischen erweitert wurden. Mehr Anteil hatte er an der Regelung der Handelsbeziehungen mit Italien, das nicht nur ein Protokoll, sondern einen Meistbegünstigungsvertrag verlangte. Da ein solch feierlicher Vertrag die Anerkennung des Königreiches Italien erforderte, die die Südstaaten mit Rücksicht auf Österreich vermeiden wollten, beschloß Bismarck, der die Wünsche Italiens teilte, die Grundzüge des soeben mit England abgeschlossenen Handelsvertrages den Verhandlungen zugrunde zu legen, die der Zollverein unmöglich verweigern konnte, nachdem er sie eben erst gebilligt. Noch zum Jahreschluß 1865 wurde denn auch der Vertrag unterzeichnet. Österreichs Opposition beachtete Bismarck nicht, denn er freute sich, einen Schritt weiter gekommen zu sein auf der Bahn der Hinaus-treibung Österreichs aus Deutschland durch Schwächung seines Einflusses auf den Zollverein und durch Gewinnung seiner Gegner zu wirtschaftlichen und bald auch politischen Bundesgenossen.

Keinen Erfolg hatte in diesen und auch in späteren Jahren die westmäch-tliche freihändlerische Wirtschaftspolitik Bismarcks in Rußland, das in handels-politischen Fragen außerordentlich rückständig keinen Vorteil aus Zollbeschränkungen anerkannte\*). Darum scheiterten später selbst die Verhandlungen über einen harmlosen Schiffsfahrtsvertrag, um den sich Bismarck eifrig bemühte, weil Rußland auch damals jeden Schein einer Freihandelspolitik vermeiden wollte.

Im Jahre 1867 hatte Bismarck den Zollverein, der immer seine Voraus-setzung für das Ziel — Preußens Führung in Deutschland — war, zum Zollparlament umgestaltet. Aus einem wirtschaftlichen Staatenbund war damit ein wirtschaftlicher Bundesstaat geworden, der die Grundlage bilden sollte für eine baldige politische Einigung. Unter großen Schwierigkeiten und hauptsächlich dank der kulantem Art seiner diplomatischen Verhandlungen mit den eifersüchtig auf ihrer Souveränität pochenden Südstaaten hatte er einen Teil seiner Aufgabe glücklich gelöst. Das freie Einspruchsrecht der einzelnen Zollvereinsstaaten war beseitigt, an Stelle der ewig tagenden schwerfälligen Generalkonferenzen war ein Zollbundesrat getreten als Repräsentation der Regierungen unter Preußens Vorsitz, dazu als Gesamtvertretung des deutschen Volkes ein Zollparlament, das aus allgemeinen Wahlen hervorgehen sollte.

Trotzdem erreichte Bismarck nicht, wie er gehofft, auf organischem Wege mit dieser Neuerung das große Endziel, die Begründung des Reiches. Hinderlich

\*) Allerdings machte wohl auch die Rücksicht auf die Interessen der deutschen Seestädte die Beibehaltung eines die Landeinfuhr deutscher Waren begünstigenden Differentialzolls unmöglich. Vgl. (auch zum Folgenden) Valentin Wittschewsky, Rußlands Handels-, Zoll- und Industriepolitik, Berlin 1905, S. 132 f.

waren einer solchen vor allem der Widerstand der Südstaaten, die aus überängstlichem Partikularismus nicht einmal die Festsetzung aller indirekten Steuern dem Zollparlament übertragen und eine Tarifreform, die im alten Zollverein nur die Zustimmung der Zollvereinsstaaten bedurft hatte, nicht im Wege der Gesetzgebung, sondern der Handelsverträge bewerkstelligen, also von der Bereitwilligkeit außerdeutscher Staaten abhängig machen wollten; hinderlich waren ihr weiter die Beschränkung der staatlichen Kompetenzen, der das Zollparlament aus demselben Grunde unterlag, und nicht zuletzt die politischen Rücksichten (namentlich die Eifersucht Frankreichs über den Ausgang des deutschen Krieges von 1866), mit denen Bismarck's auswärtige Politik belastet war: hatten doch alle großen Mächte ein Interesse daran, daß aus der wirtschaftlichen Einigung Deutschlands möglichst keine politische werde!

An den trockenen Verhandlungen des Zollparlament's über Tarif- und Finanzfragen, die ohne politische Bedeutung waren, nahm Bismarck kaum mehr irgendwelchen Anteil. Wie die Zeit, die (um in Ludwig Bambergers Worten zu reden) erkannte, daß nur in gewaltigen Zeiten sich das Zollparlament zu Gewaltigem aufrufen könne, so erwartete auch er nicht mehr das Heil von dieser Seite; er sah jetzt in der politischen Einigung eine Machtfrage der Zukunft, die „mit Eisen und Blut“ entschieden werden mußte, und konnte ihrer Lösung getrost entgegensehen, da die Bahnen, in denen sich jene vollziehen mußte, von ihm mit dem Zollparlament weise festgelegt worden waren.

Wie er schon auf dem Schlachtfelde von Königgrätz eine politische Verbrüderung mit Österreich als das Ziel seiner zukünftigen Politik im Auge hatte, so erstrebte er zunächst eine Wiederherstellung der durch den Krieg aufgehobenen Handelsbeziehungen, um auf diesem Wege in dem letzten Kampfe um die Einigung Deutschlands die Freundschaft des soeben Besiegten zu gewinnen. Schon im Februar 1867 mußten aber die Verhandlungen über die Erneuerung des Handelsvertrages mit Österreich abgebrochen werden, da Preußen durch Österreichs Forderung, die Weinzölle zu ermäßigen, mit dem französischen Sonderhandelsvertrag mit Mecklenburg in Konflikt kam, den es zuerst zu brechen galt. Bismarck benutzte die Gelegenheit, auf diesem Wege Mecklenburg den Eintritt in den Zollverein zu ermöglichen. Nach Abschluß der Verhandlungen im Januar 1868 waren alle Hindernisse für einen Vertrag mit Österreich beseitigt und damit das gute Einvernehmen angebahnt, das Bismarck zu einem glücklichen Ausgang des deutsch-französischen Krieges nötig hatte.

Zum Schluß noch ein Wort über Bismarck's Umkehr zur autonomen Handelspolitik! Daß sie nicht plötzlich einsetzte, sondern lange und genau vorbereitet war, wissen wir schon lange. Wann sie sich aber in Bismarck's Kopf vollzog, ersehen wir auch aus Schneiders Ausführungen nicht deutlich; es wird erst nach Öffnung der Archive möglich sein. Sicher ist schon jetzt, daß sich mit der Wendung zur Schutzzollpolitik in Bismarck's Stellung zur Handelspolitik überhaupt eine prinzipielle Wandlung vollzog; sie berechtigt dazu, seitdem von

einer bewußten, auf bessere Einsicht in die wirtschaftlichen Bedingungen gegründeten Handelspolitik zu sprechen im Gegensatz zu seiner sogenannten Freihandelspolitik, die nur ein tatsächliches „Gehenlassen“ der wirtschaftlichen Dinge unter Delbrücks Agide bedeutet, das außerdem (wie wir sahen) in der — politischen — Stellung zu Österreich seine tiefere Begründung hatte.

Als Preußen im Kampfe um die Vorherrschaft und Einheit in Deutschland gesiegt, als dann das Reich erstanden, war es der Zwang der wirtschaftlichen Verhältnisse, der den Reichskanzler aus einem Führer der politischen zu einem Führer der wirtschaftlichen Bewegung in Deutschland machte. Immer intensiver wandte er daher seine Aufmerksamkeit den materiellen Interessen des Reiches zu, und diese Beschäftigung mit den wirtschaftspolitischen Fragen führte ihn immer mehr zu einer staatssozialistischen, neumerkantilistischen Ansicht. Ein Konflikt mit dem prinzipiellen Freihändler Delbrück konnte daher nicht ausbleiben. Schon Anfang der siebziger Jahre beobachtet man\*) eine Verkleinerung seiner Machtfülle und seines Einflusses auf die Wirtschaftspolitik des Reiches, bald schwand Bismarcks Glaube an Delbrücks Überlegenheit immer mehr, so daß der hochverdiente Mann schließlich 1876 „aus Gesundheitsrücksichten“ vom Amte zurücktrat, wie Bismarck damals auch Bennigsen versicherte\*\*).

Immerhin zögerte Bismarck auch dann noch, mit dem alten System zu brechen, was sich auch in der mit Rücksicht auf die Nationalliberalen getroffenen Wahl von Delbrücks Nachfolger Hofmann zeigte\*\*\*). Zwar erkannte er früh (nach unserer Kenntnis zuerst in einem Memorandum vom Oktober 1875), daß Deutschland wirtschaftlich ausgeliefert war an alle Staaten, die ihm für seine Zollbefreiungen und Ermäßigungen nicht nur nicht mit Kompensationen, sondern vielmehr mit Schutzzöllen dankten und daß dagegen Repressalien notwendig seien. Allein, die freihändlerische Gesinnung Delbrücks war auch ihm dermaßen in Fleisch und Blut übergegangen, daß er noch 1871 Frankreichs Schutzollpolitik im Interesse der europäischen Großmächte zu bekämpfen suchte und noch 1876, wenn auch mit weniger Zuversicht, die französischen Eisenzölle durch diplomatische Verhandlungen im Wege des Handelsvertrages zu beseitigen dachte. Ja, noch Mitte Februar 1878, als er das Tabaksmonopol plante, wollte er „nur einige Umkehr vom Freihandelsystem, wenn auch ohne Annahme des Schutzollsystems“ zu dem der Kaiser neigte †). Die ersten Kampfzölle beabsichtigte er gegen Italien, das zwecks Abschlusses eines Handelsvertrages einen Tarifvertrag mit beträchtlichen Erhöhungen eingereicht hatte; aber erst gegen russische Hochschutzzölle sah er keinen anderen Ausweg als Kampfzölle auf russische Ausfuhrartikel.

Wie weit Kaiser Wilhelms Befürwortung eines mäßigen Schutzes der nationalen Arbeit, wie sie Tiedemann aus dem Jahre 1876 berichtet, Bismarcks

\*) Hofjinger, „Ein Achtundvierziger“, III, 352.

\*\*\*) Eugen Richter, „Im alten Reichstag“ I, 146.

\*\*\*\*) In gleicher Stelle.

†) Erinnerungen an Fürst Bismarck von Frhr. v. Wittmann, S. 61.

Entscheidungen beeinflusst haben kann, entzieht sich unserer Kenntnis. Sicher scheint aber nach Schneiders Untersuchungen, daß nicht erst die (dieselbst nicht mehr erwähnte) Eingabe Bleichröders, die Ende des Jahres 1878 eine englische Schutzzollära prophezeite\*), ausschlaggebend gewesen sein kann. Denn schon bald nach Delbrücks Rücktritt gab Bismarck der Wirtschaftspolitik die neue Richtung. Es ist bezeichnend, daß wiederum Österreichs Haltung die (wie wir sahen) indirekte Schuld an Bismarcks langjähriger Freihandelspolitik trug, auch die neue Wirtschaftspolitik veranlaßte: ein interessantes Beispiel für die enge Verknüpfung unserer neuesten Geschichte mit den Geschichten unseres Bruderstaates! Denn in der Tat liegt der Beginn der deutschen Schutzzollära in dem Moment, wo Bismarcks Verhandlungen über den Handelsvertrag mit Österreich scheiterten\*\*).



## Deutsche Bühnenkunst in den letzten zwanzig Jahren

Von Dr. Arthur Westphal-Berlin

### I.



er Schauspieler soll, nach Hamlets Wort, dem Jahrhundert und dem Körper der Zeit den Abdruck ihrer Gestalt zeigen. Umgekehrt könnte man sagen: Die Tiefe und der Ernst einer Zeitbewegung läßt sich an der Intensität ermessen, mit der sie von der wunderlichen Welt des Theaters reflektiert wird. Das klingt vielleicht paradox. Und es ist auch nur zum Teil richtig. Es hat Zeiten gegeben, in denen die Bühne jeder Berührung mit dem vorwärts flutenden Leben ängstlich aus dem Wege ging und besorgt die Augen zukniff, sobald sie merkte, daß der Wind etwas schärfer zu pfeifen begann. Aber das sind, bei Licht besehen, vorübergehende Erscheinungen, die der Wucht geschichtlich begründeter Entwicklungen nicht standzuhalten vermochten. Auch die Bühne hat, wie alles auf dieser Welt, noch jedesmal vor dem unbarmherzigen Gesetz der Kausalität kapitulieren müssen.

Unsere Zeit, deren wesentliches Merkmal ein fieberhaft beschleunigter Pulsschlag ist, hat diesen Beweis mehr als einmal erbracht. Das deutsche Theater hat in den letzten zwanzig Jahren eine vielgestaltige Entwicklung durchlaufen, welche die jeweilig diskutierten ästhetischen Fragen in allen ihren Einzelheiten und mit der Treue eines blankgeputzten Spiegels wiedergab. In diesem bereitwilligen Reagieren auf Zeitströmungen liegt Großes und Kleines dicht bei-

\*) Tiedemann, „Sechs Jahre Chef der Reichstanzlei“, 319.

\*\*) Dabei war anfangs August sein Standpunkt: „Wir geben die Hoffnung auf Konzessionen Österreichs nicht auf und sind vor allem eifrig bemüht, die Beibehaltung des Veredlungsverkehrs zwischen den beiden Staaten zu sichern. Wir werden, wenn die österreichischen Tarifvorschläge nach wie vor unannehmbar bleiben sollten, unsere Forderungen hierauf vorzugsweise richten“ (Koschinger, „Also sprach Bismarck“ II [Wien 1911], S. 277).